HOCHSCHULSPIEGEL

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE KARL-MARX-STADT

Nr. 13 | Oktober 1968 | Preis 10 Pfennig

In dieser Ausgabe

Seite 3
Hochschulreform und das Studium des Marxismus-Leninismus

Seite 4
Hochschulkindergarten eröffnet

Mit neuem Elan in den Wettbewerb - dem 20. Jahrestag der DDR entgegen

Von Genossen Dr. G. Fischer
Vorsitzender der Hochschulgewerkschaftsleitung

Der Gewerkschaft Wissenschaft wurde durch den 7. FDGB-Kongreß die Aufgabe gestellt, aktiver Mitgestalter und Initiator bei der Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR zu sein.

Unter der Losung des 7. FDGB-Kongresses „Sozialistisch denken, ständig lernen, rationell arbeiten und kulturvoll leben" helfen wir mit, unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei das Hochschulwesen als organischen Bestandteil des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zu gestalten. Indem wir diese politische Grundanlegen der 3. Hochschulreform in den Mittelpunkt der ideologischen Arbeit der Gewerkschaftsorganisation stellen und zum Ausgangspunkt bei der Erfüllung aller unserer Aufgaben nehmen, stärken wir unsere sozialistische DDR und leisten einen bedeutungsvollen Beitrag in der Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus.

Unsere Schrittmacherkollektive geben dabei das Beispiel, wie der sozialistische Wettbewerb erfolgreich zu Ehren des 20. Jahrestages unserer DDR zu führen ist. Die Hochschulreform dient der grundlegenden Veränderung und Weiterentwicklung der sozialistischen Erziehung, der Aus- und Weiterbildung und der Forschung.

Sie schafft die wesentliche Voraussetzungen für die Organisierung der umfassenden sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, für die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Denkens und für die aktive Mitarbeit aller Hochschulangehörigen bei der Gestaltung und Erfüllung der Perspektivpläne. Die Ziele der Hochschulreform stimmen mit den Zielen unseres Wettbewerbes überein und müssen gemeinsam beraten und verwirklicht werden.

Mit der Klärung aller inhaltlichen Fragen kommt es jetzt darauf an, die materiellen und strukturellen Voraussetzungen für die Bewältigung der Aufgaben zu schaffen. Da wir nur in wirklicher sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen der staatlichen Leitung, der Parteileitung der SED und den Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen vorankommen können, gilt es, das vorliegende Programm zur weiteren Durchführung der Hochschulreform in den gesellschaftlichen Organisationen auszuwerten und Festlegungen zu treffen, daß alle Leitungen und Organisationen in den Sektionen gleichzeitig an die Arbeit gehen können.

Die Gewerkschaftsorganisation verfährt dabei so, daß Gewerkschaftsaktive in den Sektionen gebildet werden. Diese bestehen aus den ehemaligen FGL-Mitgliedern und den Vertrauensleuten, also gewählten Gewerkschaftsfunktionären, die sich in dem neuen Bereich der jeweiligen Sektion zusammenfinden. Sie bereiten die Bildung der Sektionsgewerkschaftsleitungen (SGL) und der Gewerkschaftsgruppen vor. Diese Arbeit muß in engem Kontakt mit der staatlichen Leitung der Sektion, der FDJ-Beauftragten [illegible] und dem Jugendverband geschehen.

Die erste gemeinsame Aufgabe besteht jetzt darin, die kontinuierliche Arbeit der umgebildeten Sektion zu gewährleisten, wobei die erforderlichen Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen sind.

Bis Mitte Oktober ist dann das Gemeinsame Arbeitsprogramm der Sektion aufzustellen. Es ist die Vereinbarung zwischen der Sektionsleitung und der SGL und enthält die wichtigsten Aufgaben für Erziehung, Lehre und Forschung für das Studienjahr 1968/69.

Der Abfassung des gemeinsamen Arbeitsprogrammes muß in diesem Jahr besonders Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil es als verbindliches Leitungsinstrument für die gesamte Sektion entwickelt werden soll. Es kann nur in demokratischer Aussprache mit allen Angehörigen der Sektion, vor allem mit den FDJ-Studenten, zur gemeinsamen Arbeitsgrundlage gemacht werden, die uns die Ziele zur Vorbereitung des 20. Jahrestag der Republik aufzeigt.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Stellvertreter des Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen, Genosse H. Tschersich (links), beglückwünscht Prof. Dr.-Ing. Volmer zur Berufung zum Direktor der Sektion Maschinen-Bauelemente.
Foto: Scheiding

Wichtige Etappe der Hochschulreform abgeschlossen

Jetzt Arbeit in zehn Sektionen

Wissenschaftlicher Rat der TH gebildet

Mit einem Festakt, in dessen Mittelpunkt die Gründung von acht weiteren Sektionen und die Bildung des Wissenschaftlichen Rates stand, wurde am 10. September eine wichtige Etappe der sozialistischen Hochschulreform an unserer TH abgeschlossen. Als Gäste der Veranstaltung konnte der Rektor, Genosse Prof. Dr. Jäckel, den Sekretär der Bezirksleitung der SED, Genossen Rolf Wendlock, den Stellvertreter des Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen, Genossen Hermann Tschersich, den Rektor der Bergakademie Freiberg, Prof. Dr. Köhler, sowie weitere Persönlichkeiten aus Industrie und staatlichen Organen begrüßen.

In einer Ansprache würdigte Genosse Prof. Jäckel die bisherigen Ergebnisse der sozialistischen Hochschulreform an unserer TH vor allem als einen Ausdruck der ständig zunehmenden demokratischen Mitarbeit aller Hochschulangehörigen. „Die vergangenen Monate haben gezeigt", so erklärte er, „daß wir bei der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie an unserer Hochschule ein gutes Stück vorangekommen sind." Mit herzlichen Worten dankte er im Namen der Hochschulleitung allen Hochschullehrern, Studenten und Mitarbeitern, die durch ihre wertvollen Vorschläge und aktive Mitwirkung dazu beitrugen, die komplizierten Aufgaben des vergangenen Abschnittes der sozialistischen Umgestaltung unserer Hochschule mit Erfolg zu lösen.

Sein besonderer Dank galt vor allem den Genossen der Bezirksleitung der SED, aber auch den bisherigen Senatsmitgliedern, Prorektoren und Dekanen, die lange Jahre wertvolle Arbeit geleistet haben.

Genosse Tschersich nahm dann die Gründung von acht weiteren Sektionen vor und überreichte den Sektionsdirektoren die Urkunden. In einer Rede, in der er besonders auf die Arbeit der Sektionen einging, hatte er zuvor hervorgehoben, daß die Aufgaben der ersten Etappe der Hochschulreform an der TH Karl-Marx-Stadt mit hoher Qualität gelöst worden sind. Im Namen des Ministers sprach er allen Hochschulangehörigen, den Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen sowie vor allem der SED-Bezirksleitung mit ihrem 1. Sekretär, Genossen Paul Rascher an der Spitze, den Dank aus. (Auszug aus dieser Rede Seite 2).

Nach Entpflichtung der Dekane durch den Rektor, gab dieser die von ihm in das Präsidium des Wissenschaftlichen Rates berufenen Hochschulangehörigen bekannt. (Siehe Seite 2.)

Ein neuer Abschnitt begann

Mit diesem Studienjahr haben 1150 Studentinnen und Studenten an unserer TH das Studium neu aufgenommen. Es beginnt für sie alle damit ein wichtiger Abschnitt ihres Lebens. Sie sind die ersten, die in den neugeschaffenen Sektionen immatrikuliert wurden und die zugleich nach neuen Studienplänen im Drei-Phasen-Studium ausgebildet werden.

Linkes Foto: 3. September — Tag der Einschreibung. Am Tisch der FDJ ist reger Betrieb. Rechtes Foto: Immatrikulationsfeier — festlicher Auftakt zum Studienbeginn. Auf der Bühne eine Delegation junger FDJ-Studenten während des feierlichen Gelöbnisses. In ihrer Mitte der Rektor, Genosse Prof. Dr. Jäckel.

Fotos: Model/Scheiding

Klassenkampf in der Gegenwart

Von Hansjörg Model

Als in Westdeutschland mit Kanzler Kiesinger und durch tatkräftige Unterstützung seiner SP-Koalitionsminister Brandt, Wehner und anderer auch die sogenannte „neue Ostpolitik" auf den Schild gehoben wurde, glaubten damals manche Leute, es handele sich tatsächlich um etwas Neues, um eine Bonner Politik nämlich, die wirklich der Entspannung und dem Frieden förderlich sein könnte. Der Irrtum wurde jedoch bald aufgeklärt. Die außenpolitische Praxis der Kiesinger-Regierung bewies, daß nichts sich ändern sollte. Der Name „neue Ostpolitik" war lediglich eine Tarnbezeichnung für die Fortführung der gleichen gefährlichen Expansionspolitik, wie sie vom westdeutschen Imperialismus schon unter Adenauer betrieben worden war. Darauf wurde die Weltöffentlichkeit von der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten seit dem ersten Auftauchen der „neuen Ostpolitik" oft und deutlich aufmerksam gemacht. Und die Wut und Verwirrung, in die ihre Erfinder in Bonn geraten, als die fünf sozialistischen Bruderländer am 21. August durch ihr gemeinsames entschlossenes Handeln der imperialistischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR ein Ende setzten, beleuchtete den wahren Charakter dieser von Bonn gepriesenen „neuen Ostpolitik" noch einmal grell genug!

Wozu aber benutzte Bonn überhaupt eine „neue Ostpolitik"? Erinnern wir uns, daß der außenpolitische Kurs Adenauers darauf gerichtet war, mit Hilfe der NATO und vor allem der USA die DDR sozusagen „im Frontalangriff zu nehmen" und sich damit zugleich eine günstige Position für die Erfüllung weiterer Gebietsforderungen zu sichern. Ziel war, den Sozialismus in Europa mittels einer offenen Aggression zurückzudrängen.

Diese Konzeption Adenauers scheiterte jedoch total. Das wurde deutlich beim faschistischen Putschversuch in der DDR 1953, bei der Niederschlagung der Konterrevolution in Ungarn 1956 und noch am 13. August 1961, als die DDR ihre Staatsgrenzen sicherte. Der Sozialismus erwies sich in jedem Falle als stärker und den Imperialisten wurde klargemacht, daß jeder Angriff auf ihn zum lebensgefährlichen Unternehmen für den Aggressor werden würde.

Dennoch dachte der westdeutsche Imperialismus nicht daran, seine expansionistischen Ziele aufzugeben. Im Gegenteil! Nur sollten sie mit anderen Methoden verfolgt, mit einer anderen Taktik erreicht werden. Die Grundlage für die neue Taktik des Klassenkampfes gegen den Sozialismus bot sich in der in den USA entstandenen „Konvergenztheorie". Danach soll dank angeblicher Gemeinsamkeiten unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution eine Annäherung zwischen Sozialismus und Kapitalismus möglich sein — natürlich zugunsten des letzteren.

Nun ist aber seit Marx, Engels und Lenin bekannt und hinreichend bewiesen, daß es zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Sozialismus und Kapitalismus weder etwas Gemeinsames noch ein Annäherung geben kann, weil politische Herrschaft der Arbeiterklasse und Macht der Monopole, Schaffung und Mehrung von sozialistischem Eigentum und kapitalistische Ausbeutung und Profitmacherei — um nur zwei der Widersprüche zu nennen — sich gegenseitig ausschließen. Daran ändert, wie die gegenwärtige Entwicklung der Klassenkämpfe in der Welt beweist, auch die Erfindung der „Konvergenztheorie" nichts.

Die „neue Ostpolitik" Bonns baut jedoch darauf auf, weshalb dort verkündet wurde, man müsse sich heute in der Welt, ob kapitalistisches oder sozialistisches Land, „entgegenkommen", man müsse einander „Brücken schlagen" und eine „gegenseitige Annäherung" er-

(Fortsetzung auf Seite 3)